



Bündnis 90/ die Grünen - Kreisverband Biberach
c/o Rudolf Haug
Untere Schügelestrasse 2
88441 Mittelbibeach

Biberach, den 4. Mai 2012

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kreisräte und Kreisrätinnen,

wir wissen, dass sie sich in den letzten zwei Jahren in vielen Diskussionen sehr bemüht haben, eine gute Lösung für die Kreiskliniken zu finden. Angesichts der doch ziemlich verfahrenen Situation ist es auch verständlich, dass sie jetzt „einen Knopf“ an die Sache machen wollen und in der Privatisierung eine Lösung sehen, schwierige und schmerzhaftes Entscheidungsprozesse quasi an einen privaten Investor zu delegieren.

Doch der Aufruhr in der Bevölkerung ist groß, es funktioniert also so nicht.

Krankenhäuser dienen der Daseinsfürsorge und die sollte in öffentlicher Hand bleiben.

Private Krankenhäuser die gewinnorientiert sind, und das sind alle Häuser in Händen der großen Krankenhauskonzerne, wie Helios, Aeskulap, Rhön und Sana, bringen im Durchschnitt schlechtere Qualität wie der Durchschnitt nicht gewinnorientierter, öffentlicher Häuser, vorausgesetzt diese sind gut geführt.

Wir sind überzeugt und Studien belegen dies, dass öffentliche Träger genauso in der Lage sind, eine Kreisklinik wirtschaftlich zu führen. Ein privater Träger wird keinesfalls die Krankenhäuser in Riedlingen und Laupheim eher halten können, als ein öffentlicher Träger dies kann. Im Gegenteil, ein gut geführtes Haus in öffentlicher, gemeinnütziger Hand kann mehr Spielraum erwirtschaften, da es keine Gewinnerwartungen befriedigen muss. Die dadurch gesparte Rendite, die der private Träger erwirtschaften müsste, kann dann für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung verwendet werden, z. B. kann dieser Differenzbetrag in eine eventuell notwendige Subventionierung der Außenhäuser fließen.

Das A&O für die bestmögliche Krankenhausversorgung ist also ein gutes Krankenhausmanagement mit effizienten Strukturen, natürlich mit einem guten, engagierten, das Gemeinwohl berücksichtigenden Geschäftsführer, ein optimal funktionierendes Abrechnungssystem, ein gutes Betriebsklima mit zufriedenen Mitarbeitern, eine klare, berufsgruppenübergreifende Kommunikation und die Ausrichtung an einem gemeinsamen Ziel.

Die Zukunft der Kreisklinik ist kein parteipolitisches Thema. Die Meinungen sind quer durch die Parteien gespalten.

Sie als Mandatsträger wurden, mehr oder weniger, von Teilen der Bevölkerung angegiftet. Das ist hart, all denen, die das auf sich genommen haben, gebührt

Respekt und unser Dank, denn nur so war es möglich, breite Teile der Bevölkerung für das Thema zu interessieren. Dies sollte jetzt genutzt werden und dann war es auch nicht umsonst, dass sie die Köpfe hingehalten haben. Jetzt bietet sich die Chance, einen breiten Informations- und Meinungsbildungsprozess in der Bevölkerung in Gang zu setzen, um dann eine Entscheidung zu treffen, hinter der weite Teile der Bevölkerung stehen.

Ringen sie sich durch, diesen Prozess zu ermöglichen, der Ihnen schließlich auch den Rücken stärkt für diejenigen Entscheidungen, die weh tun. Und treffen sie dann im Kreisrat eine Entscheidung mit sehr deutlicher Mehrheit über die Parteigrenzen hinweg.

Schade wäre es, durch eine vorschnelle Entscheidung, welche die Dinge festnagelt, diesen Prozess in der Bürgerschaft abzuwürgen. Der Frust der Bevölkerung nicht gehört zu werden, würde wachsen – auch ein fauler Kompromiss, der die Gemüter nur besänftigt, wäre keine Lösung!

Natürlich muss dabei auch öffentlich gesagt werden, dass der Spielraum auf Kreisebene beschränkt ist und ein Teil der Schwierigkeiten durch die Bundespolitik bedingt ist, welche durch die Art der Krankenhausfinanzierung ländliche Regionen benachteiligt, den Schwerpunkt auf Sparsamkeit legt und kaum Spielräume lässt.

Sie haben sich -soweit wir wissen- mit etlichen Studien befasst, die einheitlich zu dem Ergebnis kommen, dass ein 3 Standortmodell zu teuer ist, da die Kosten unter den gegebenen gesundheitspolitischen und finanziellen Gegebenheiten zu hoch sind.

Wir zweifeln nicht an diesen Studien, wir wollen aber auch den Bürgerwillen nicht einfach übergehen. Letztendlich sollte doch der Souverän darüber entscheiden, wie viel ihm die Gesundheitsversorgung wert ist. Allerdings stimmen wir überein mit der Meinung unseres Kreisrates Elmar Braun, dass die Krankenhausbehandlung über die Krankenkassen und gegebenenfalls (was die Vorhaltung betrifft) über Bundes- oder Landesmittel finanziert werden soll und nicht aus den eh schon klammen Gemeindehaushalten (über eine höhere Kreisumlage) quersubventioniert werden soll. Aber auch da gilt es, Volkes Wille zu berücksichtigen. Wenn eine Mehrheit nach ausreichender Information und Abwägung dies anders sieht, sollte der Kreistag auch bereit sein, die Kreisumlage entsprechend zu erhöhen und die Kliniken zu subventionieren. Natürlich nicht ohne deutlich zu machen, dass dies zu Einsparungen an anderen Stellen führen muss. Letzteres ist aber wohl gemerkt nicht die Lösung, die uns vorschwebt.

Nach ernstzunehmenden persönlichen Mitteilungen waren die DRG-Kodierungen in größerem Umfang unvollständig. Also gäbe es Chancen, durch umgehend und in großem Umfang durchzuführende Schulungen, das Defizit für das laufende Jahr deutlich unter 9 Mio. zu begrenzen und durch ein neues, verbessertes Management in Verbindung mit einer schnell arbeitenden Konzeptkommission aus Chefärzten, Pflegedienstleitung, Betriebsräten, Verwaltung und interessierten und engagierten Mitarbeitern verschiedener Berufsgruppen die Klinik im Eigenbetrieb bzw. als gGmbH zu erhalten.

Wir schlagen vor, dass der Kreisrat den Geschäftsführer der Kliniken beauftragt:

- 1) Zunächst mit höchster Priorität Schulungen für die DRG-Kodierung verpflichtend für alle daran beteiligte Personen durchführen zu lassen, inklusive anschließender Supervision. Dadurch soll erreicht werden, dass wirklich alle

abrechnungsrelevanten Diagnosen erfasst werden.

- 2) Eine Konzeptgruppe einzurichten, bestehend aus Chefärzten, Pflegedienstleitung, Betriebsräten, Verwaltung und interessierten und engagierten Mitarbeitern verschiedener Berufsgruppen, um innerhalb eines halben Jahres ein möglichst optimales Gesamtkonzept für die Klinik Biberach zu erarbeiten. Hierbei kann auf Erfahrungen anderer Kliniken, die in öffentlicher Hand blieben zurückgegriffen werden (z.B. Krankenhaus Spremberg (zu 51% im Besitz des Fördervereins); Wertach Klinik; Klinikum Stuttgart; Krankenhaus Stockach; Krankenhaus Barmherzige Brüder, Regensburg)*
- 3) Kooperationen oder Zusammenschlüsse mit den Kliniken der umliegenden Kreise auszuloten.
- 4) Zu prüfen, welche Einsparungen durch den Einkauf über die Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Krankenhäuser eG (EKKeG) möglich wäre (Gesamtvolumen der EKKeG: 450 Mio Euro) und den Einkauf gegebenenfalls sofort umzustellen.

* Der Landrat soll hierfür eine MitarbeiterIn beauftragen, sich mit den Konzepten, Strukturen und vorausgegangenen Maßnahmen einiger dieser wirtschaftlich arbeitenden, ähnlich großen Kliniken vertraut zu machen um Bewährtes übernehmen zu können.

Der Geschäftsführer sollte weitgehende Entscheidungsfreiheit erhalten bezüglich der Optimierung der wirtschaftlichen Abläufe und der Qualitätsverbesserung. Er soll sich dabei an den noch zu definierenden Zielvorstellungen des Kreistages orientieren, welche Richtung und Grenzen seines Handelns bestimmen.

Die Kreisumlage sollte befristet auf drei Jahre ausreichend erhöht werden, um die Umstrukturierungsmaßnahmen und die derzeit sowieso noch anfallenden Defizite finanzieren zu können.

Ausgehend von der Planung einer Zentralklinik in Biberach für die Grund und Regelversorgung, soll in Kooperation mit den kreisumliegenden Kliniken (Sigmaringen, Ulm, Memmingen, Ravensburg, Reutlingen) eine bedarfsgerechte, notwendige und hinreichende Spezialisierung zusätzlich erfolgen. In diesem Kooperationskonzept soll auch der Austausch von Assistenzärzten im Rahmen deren Weiterbildung situativ vorgesehen werden (zur Erhöhung der Attraktivität). Darüber hinaus soll in Riedlingen, eventuell auch in Laupheim, eine Außenstelle der Biberacher Klinik eingerichtet werden. Deren Umfang und deren Fachgebiete müssen sich nach dem wirtschaftlich noch Machbaren und dem medizinisch Sinnvollen richten. Über Fördervereine könnten eventuell leichte Defizite aufgefangen und die Attraktivität verbessert werden. Dieser Außenstelle könnte ein MZV angegliedert sein, was die Präsenz von Fachärzten verschiedener Fachgebiete dort erhöht und Synergieeffekte ermöglicht. Ebenfalls soll dort ein Notarztwagen stationiert und ein Hubschrauberlandeplatz vorhanden sein. Eventuell könnte eine innere Abteilung (mit geriatrischem Schwerpunkt?) dort betrieben werden, mit einer Intensivüberwachungseinheit zur Akutversorgung bis zum Transport nach Biberach.

Nach der akuten Krankenhausbehandlung benötigen etliche, v.a. ältere Patienten eine Anschlussheilbehandlung. Es wäre zu prüfen, ob in Riedlingen eine Station hierfür eingerichtet werden könnte, die dann vorzugsweise von Biberach aus belegt wird.

Dadurch könnte eine Erstversorgung in den meisten Fällen in Riedlingen geschehen, mit anschließendem Transport nach Biberach. Nach der akuten Krankenhausbehandlung im eigentlichen Sinne, könnte direkt anschließend die Anschlussheilbehandlung wieder in Riedlingen stattfinden (natürlich auch für Patienten aus anderen Kreisgebieten), was besonders für ältere Riedlinger Bürger von Vorteil wäre.

In der Planungs- und Ausführungsphase sollten die jeweiligen konzeptionellen Entwürfe auf der Homepage des Landratsamtes zur Diskussion gestellt werden. Sinnvolle und umsetzbare Vorschläge aus der Bevölkerung können dann geprüft und gegebenenfalls in das Konzept integriert werden.

Auch im weiteren Verlauf soll ein aus den jeweiligen Erfahrungen sich optimierender Gestaltungsprozess unter Einbeziehung vor allem aller interessierter Mitarbeiter gefördert werden.

Wir sind überzeugt, dass auf diese Art und Weise sowohl die bestmögliche Krankenhausversorgung für den Kreis Biberach, als auch die größtmögliche Bürgerzufriedenheit erreicht werden kann.

Rudolf Haug

(im Kreisvorstand von Bündnis 90/die Grünen)